

Wege in den Neustart – Weichen für die Zukunft stellen

Ein Diskussionspapier unter Mitwirkung
des Wissenschaftlichen Beirats
des Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Das geschäftsführende Präsidium des Wirtschafts- forums der SPD e.V.

Dr. Michael Frenzel

Präsident

Internationale Beziehungen,
Sicherheitspolitik, Tourismus

Heiko Kretschmer

Schatzmeister

Stadtentwicklung, Bau und Immobilien,
Arbeitsmarkt, Tarifpartnerschaft
und Integration, Kultur- und Kreativ-
wirtschaft

Prof. Dr. Susanne Knorre

Vizepräsidentin

Finanzen und Kapitalmarkt, Gesund-
heitswirtschaft

Matthias Machnig

Vizepräsident

Europa und Außenwirtschaft, Digitales,
Handel und Konsumgüter, Industrie-
politik, Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Ines Zenke

Vizepräsidentin

Energie und Klima, Mobilität und Infra-
struktur, Kommunales, Ressourcen und
Nachhaltigkeit

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Prof. Dr. Peter Bofinger

Universität Würzburg

Dr. Arno Brandt

Prof. Dr. Lena Dräger

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität
Hannover

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung der
Hans-Böckler Stiftung

Dr. Andrä Gärber

Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Anke Hassel

Hertie School of Governance

Dr. Till Patrik Holterhus

Universität Göttingen

Prof. Dr. Gustav Horn

SPD-Parteivorstand

Prof. Dr. Tom Krebs

Universität Mannheim

Prof. Dr. Carsten Kühl

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Dr. Claus Michelsen

Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung e.V.

Sandra Parthie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Prof. Dr. Barbara Praetorius

Hochschule für Technik und Wirtschaft
Berlin

Prof. Dr. Mario Stoffels

Hochschule für nachhaltige
Entwicklung Eberswalde

Prof. Dr. Jens Südekum

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Achim Truger

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Enzo Weber

Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung

Vorwort

Die gegenwärtige globale Pandemie ist eine einzigartige Herausforderung. Sie trifft unsere Gesellschaft insgesamt. Sie stellt den Gesundheits- und Pflegebereich vor enorme Aufgaben und sie betrifft unsere Wirtschaft, Unternehmen und die Beschäftigten in einer bislang nicht bekannten Dimension. Eine neue Normalität wird sich in allen Bereichen nur sukzessive entwickeln können, der Ausstieg aus dem Shutdown kann nur schrittweise erfolgen.

Die Unsicherheit ist groß, sie wird sich nur schrittweise verändern und auflösen. Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und zur Stabilisierung von Unternehmen und Beschäftigung waren notwendig und sind im Grundsatz richtig.

Sie sind allerdings noch keine Antwort auf die Frage, wie nach dem Schock die europäische und deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs kommt, Beschäftigung gestärkt und gesichert wird und wie notwendige Investitionen, Innovationen und die Transformation der europäischen und deutschen Wirtschaft unterstützt werden kann. Denn unabhängig von der Coronakrise befindet sich die Weltwirtschaft vor enormen strukturellen Veränderungen durch Digitalisierung, Dekarbonisierung, Elektrifizierung etc.

Es herrscht ein durchaus breiter Konsens, dass zusätzliche ökonomisch-soziale Maßnahmen erforderlich sind, auf europäischer Ebene genauso wie in Deutschland. Daher ist es wichtig, dass diese Maßnahmen eine schlüssige Balance von Stabilisierungsmaßnahmen, Stärkung der Nachfrageseite, Unterstützung von Investitionen und Innovationen und von notwendigen Transformationsentscheidungen zur Stärkung von Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit beinhalten. Diese Balance ist von zentraler Bedeutung.

Daher sollte ein solches Programm mit dem angedeuteten Inhalt und Profil jetzt diskutiert und Entscheidungen bis Mitte des Jahres getroffen werden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Unternehmen und die Beschäftigten brauchen Klarheit über die Rahmenbedingungen und die unterstützenden Maßnahmen, um Entscheidungen für ihre Unternehmen treffen zu können. Und die Vorbereitung von Entscheidungen in der EU, in Deutschland auf Regierungsebene und in den Parlamenten wird Zeit brauchen, von der Implementierung und der Umsetzung bestimmter Maßnahmen ganz zu Schweigen.

Die notwendigen Maßnahmen müssen zueinander passen und die angedeutete Balance haben. Kontraproduktiv wären Entscheidungen nach dem Windhundprinzip – wer zuerst kommt mahlt zuerst oder wer die stärkste Lobby hat setzt sich mit seinen Forderungen durch. Konsistenz und Klarheit sind wichtig, damit das Maßnahmenbündel auch greift.

Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben wird enorme finanzielle Belastungen mit sich bringen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Folgen und die Kosten von Nicht-Handeln höher wären, als ein entschiedenes und konsequentes Gegensteuern. Davon wird die ökonomische Substanz, die soziale Situation, die Zukunftsfähigkeit und auch die demokratische Stabilität in Deutschland und in Europa ganz wesentlich beeinflusst werden.

Das Papier des Wirtschaftsforums der SPD e.V. unter Mitwirkung des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsforums möchte diese Diskussion beginnen und mit Verbänden, Unternehmen und Gewerkschaften in einen notwendigen Diskussionsprozess einsteigen. Notwendig sind gemeinsames Handeln, gemeinsame Projekte und Maßnahmen, um die Krise zu überwinden und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Deutschland und Europa stehen vor enormen Herausforderungen

Die Coronakrise wird zur tiefsten globalen ökonomischen Krise seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre führen. Das globale und das regionale Wachstum werden stärker einbrechen als in der Finanzkrise 2008/09. Denn diese Krise führt zu einem Schock sowohl auf der Angebots- wie auch der Nachfrageseite und durch die Betroffenheit aller wichtigen Wirtschaftsregionen in der Realwirtschaft werden die Konsequenzen weitreichender sein als bei vorherigen globalen Wirtschaftskrisen.

Durch den notwendigen Shutdown gerät die wirtschaftliche Substanz vieler Volkswirtschaften massiv unter Druck, mit Konsequenzen für große und kleine Unternehmen in nahezu allen Branchen und Regionen, und der Gefahr, dass Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Beschäftigung und damit die wirtschaftliche Wertschöpfung insgesamt massiv beeinträchtigt wird.

Die bisher eingeleiteten Maßnahmen in Deutschland mit einem bisher unbekanntem Finanzvolumen sind notwendig und richtig, um eine Stabilisierung von Unternehmen und Beschäftigung zu ermöglichen. Ihre Umsetzung muss jedoch insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen entbürokratisiert werden, damit die Hilfen auch wirklich bei den betroffenen Unternehmen und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen.

Diese Stabilisierungsmaßnahmen verfolgen das Ziel, die ökonomische Substanz während des Shutdowns möglichst umfassend zu erhalten und zu sichern. Sie sind allerdings noch keine Antwort darauf, wie nach dem sukzessiven Ende des Shutdowns die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung gestellt werden.

Deshalb ist es notwendig, bereits jetzt Maßnahmen zu erarbeiten, die einen Impuls für die konjunkturelle Erholung, die Stärkung von Investitionen und Maßnahmen der Transformation unserer Volkswirtschaft in Richtung Digitalisierung, Dekarbonisierung, Elektrifizierung etc. stellen. Denn es wird dauern bis diese Maßnahmen in der Realwirtschaft ankommen und wirken. Rechtzeitig zu handeln ist daher von entscheidender Bedeutung.

Die aktuelle Krise hat zudem deutlich gemacht, welche unverzichtbare, systemrelevante Bedeutung funktionierende sozialstaatliche Strukturen haben. Der Sozialstaat ist ein kollektiver Rettungsschirm, ohne den zentrale Teile des gegenwärtigen Antikrisenprogramms nicht realisierbar sind, auch wenn sich im Gesundheits- und Pflegesektor die Konsequenzen der Ökonomisierung dieser Bereiche aus den zurückliegenden Jahren deutlich zeigen.

Die Sicherung und der Ausbau des Sozialstaates sind Investitionen in die Funktionsfähigkeit und die Akzeptanz demokratischer Gesellschaften. Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist ein Produktivitäts- und Solidaritätsfaktor. Sozialstaatliche Leistungen sind also keine konsumptiven Ausgaben, sie sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit und den Zusammenhalt von Gesellschaften. Auch diese Tatsache muss Konsequenzen für die politischen Antworten und die Maßnahmen auf die Krise haben.

Notwendig ist auch eine neue Kultur der Wertschätzung von Arbeit, insbesondere was ihre materielle Gratifikation in Form von Löhnen und Gehältern angeht. Arbeit in bestimmten Bereichen, die gestern noch für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft als weniger relevant wahrgenommen wurde, zeigt heute ihre Systemrelevanz. Dies muss zu Konsequenzen bei der Tarifpolitik, der personellen Ausstattung insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, den Arbeitsbedingungen und auch bei der Anhebung von Mindestlöhnen führen.

Die auf den Weg gebrachten bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen sind notwendig zur Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben, wie nach einer Stabilisierung Wachstum und Beschäftigung durch Stärkung von Investitionen und Innovationen gesichert und die notwendige Transformation unterstützt werden können. Und die bisherigen Maßnahmen geben den Unternehmen und Beschäftigten noch keine Orientierung für die Zukunft. Eine solche Orientierung allerdings ist für Wege in einen Neustart unverzichtbar.

Ein notwendiges Konjunktur-, Investitions- und Transformationsprogramm muss so ausgestaltet sein, dass es einen Beitrag für die Stärkung der Nachfrage, die Stärkung von privaten und öffentlichen Investitionen, die Stärkung von Innovationen für die nachhaltige Transformation unserer Volkswirtschaft und für die Stärkung sozialstaatlicher Strukturen und der Daseinsvorsorge auf den Weg bringt.

Dafür ist es erforderlich, dass die Koordination dieser Maßnahmen sowohl in Deutschland als auch in Europa verbessert wird. Nur durch gemeinsame Anstrengungen wird es gelingen, den Coronaschock zu überwinden und damit Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten Jahren zu ermöglichen. Das ist politisch und ökonomisch für die Zukunft Europas essentiell.

Ein solches Programm muss dabei berücksichtigen, dass die zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts zum tiefgreifendsten, schnellsten und umfassendsten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft seit Beginn der Industrialisierung unabhängig von der Coronakrise führen werden. Die Transformationsnotwendigkeiten werden auch mit einer Nejustierung der globalen ökonomischen und technologischen Machtarchitekturen von Staaten, Regionen und Unternehmen verbunden sein.

Wir erleben eine massive Polarisierung der Weltwirtschaft, die vor allem durch die Auseinandersetzung um Technologieführerschaft, insbesondere zwischen USA und China gekennzeichnet sein wird. Technologiepolitik wird zu einem zentralen Element neuer geopolitischer Strategien mit dem Ziel, darüber wirtschaftliche, aber auch politische Dominanz zu sichern oder auszubauen.

Deutschland und Europa müssen sich dieser Herausforderung stellen. Es geht um die Frage, welche Rolle Europa in der Triade – USA, China, Europa – spielen wird. Das ist nicht nur politisch relevant, sondern hat weitreichende wirtschaftliche Bedeutung im Hinblick auf Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung, Innovationsfähigkeit, technologische Souveränität, Handelspolitik etc.

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die deutsche Wirtschaft durchaus positiv entwickelt. Bei einem anhaltenden Wirtschaftswachstum kam es zu einem kräftigen Anstieg der Beschäftigung und einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Für diese, auch im internationalen Vergleich sehr erfolgreiche Entwicklung war ein spezifisches »Geschäftsmodell« verantwortlich, das auf drei konzentrischen Kreisen aufbaut:

- eine starke Exportorientierung,
- ein hoher Anteil der Industrie an der Wertschöpfung, und
- ein starker Fokus auf den Automobilsektor und den Maschinenbau

Dieses Modell sieht sich jetzt zunehmenden Herausforderungen gegenüber:

- protektionistischen Bestrebungen vor allem der Vereinigten Staaten und Chinas, bei denen es darum geht, die Exportabhängigkeit der heimischen Wirtschaft zu reduzieren,
- der aufgrund des Klimawandels erforderlichen Dekarbonisierung wirtschaftlicher Prozesse,
- der zunehmenden Bedeutung der Digitalisierung in Schlüsselbereichen,
- das Nachlassen an technologischer Wettbewerbsfähigkeit.

Die bereits seit Mitte 2018 rückläufige Industrieproduktion deutet darauf hin, dass die durch diese Herausforderungen erforderliche Transformation nicht risikofrei ablaufen wird. Es besteht die Gefahr, dass sich daraus disruptive Prozesse ergeben, die zu spürbaren Wohlstandseinbußen führen können und dazu, dass Europa im Wettbewerb mit den USA und China nicht nur zurückfallen wird, sondern durch wachsende ökonomische und technologische Abhängigkeit an Wettbewerbsfähigkeit, ökonomisch-technologischer Souveränität und politischem Einfluss verliert.

Neben dieser technologischen Herausforderung muss der Weg für mehr nachhaltige Produktion und Wachstum, zum Umbau unserer Wirtschaft als Antwort auf die Klimakrise, entwickelt und konsequent umgesetzt werden. Darin liegen sowohl Herausforderungen für die Wirtschaft aber auch große Chancen. Um einen solchen Weg zu ermöglichen und umzusetzen, bedarf es staatlicher Investitionen, intelligenter Regulierung, Anreize für private Investitionen und einer Industriepolitik, die diesen Prozess begleitet und unterstützt.

Die aktuelle Krise darf nicht dazu führen, dass die Zukunftsherausforderungen vernachlässigt oder zurückgestellt werden. Das bedeutet, unabhängig von der gegenwärtigen Krise, angesichts dieser Herausforderungen zu einer Neuorientierung der Wirtschafts-, Technologie- und Industriepolitik zu kommen. Wir brauchen ein ökonomisches Denken out of the box.

Magisches Viereck der ökologisch-industriell-sozialen Transformation

Wirtschaftlicher Wohlstand
Hohe Beschäftigung



Soziale Gerechtigkeit

Internationale
Wettbewerbsfähigkeit

Ökologische Nachhaltigkeit

Dies ist alles andere als eine einfache Aufgabe, da es um eine Neujustierung des Magischen Vierecks geht, bei der gleichermaßen die ökologische Nachhaltigkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu berücksichtigen ist.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen öffentliche und private Investitionen gestärkt, die Innovationsfähigkeit des Standortes und der Unternehmen verbessert, moderne Infrastrukturen gefördert und implementiert werden, eine begleitende Industriepolitik und regionale Strukturpolitik zur Unterstützung des Transformationsprozesses etabliert und eine Integration aller Qualifikationspotentiale und -reserven für den Arbeitsmarkt erfolgen. Diese fünf »Is« müssen ein zentrales Element des zusätzlichen notwendigen abgestimmten Programms sein und im Zentrum einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Transformationspolitik stehen.

Europäische Antworten sind dringlicher denn je

Europa ist durch die gegenwärtige Coronakrise in besonderer Form herausgefordert, sowohl gesundheitspolitisch, ökonomisch und sozial. All diese Fragen berühren die Stabilität der Europäischen Union nicht nur ökonomisch, sondern in hohem Maße auch politisch. Die letzten Wochen in Antwort auf die Coronakrise haben zu einer Entsolidarisierung und sogar Renationalisierung der Politik in Europa durch die einzelnen Mitgliedstaaten geführt. Die Krise hat auch in hohem Maße die Schwächen der EU als gemeinsam handelnder Akteur aufgezeigt.

Gleichzeitig wird immer mehr deutlich, dass eine Antwort nur europäisch gelingen kann. Das gilt für die Gesundheitspolitik, ebenso wie für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. In Europa muss daher jetzt damit begonnen werden, Antworten auf die wirtschafts-, sozial-, währungs- und fiskalpolitischen Herausforderungen zu definieren. Davon wird ganz wesentlich der Zusammenhalt, die Handlungs- und die Zukunftsfähigkeit der EU und des Euro berührt sein.

Für eine nachhaltige Antwort auf die Krise sind folgende Eckpunkte von zentraler Bedeutung:

- expansive makroökonomische Rahmenbedingungen,
- Umsetzung des Green Deals
- industriepolitische Initiativen für bestimmte Leitmärkte und zur Annäherung der nationalen Produktionsmodelle in Europa,
- Stärkung der Forschungs- und Innovationsausgaben der EU,

- verstärkte Maßnahmen der ökonomischen Integration beim Aufbau eines digitalen Binnenmarktes oder im Dienstleistungssektor etc.,
- Verallgemeinerung des Systems der dualen beruflichen Bildung bei hoher Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems, kostenfreie Fort- und Weiterbildung,
- Weiterentwicklung kooperativer industrieller Beziehungen, Ausdehnung und Intensivierung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, frühzeitige Beteiligung der Arbeitnehmer bei Einführung neuer technologischer Systeme (z.B. KI),
- gemeinsame europäische Anstrengungen bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien zur Digitalisierung, Roboterisierung und KI etc.,
- und die soziale Absicherung von Arbeit und neuer Arbeitsformen.

Europa muss jetzt zeigen, dass es in der Lage ist, eine koordinierte, solidarische Antwort auf diese Herausforderungen zu geben. Nur so kann es gelingen, den Akzeptanzverlust der letzten Wochen rückgängig zu machen und den ökonomisch-sozialen Schock zu überwinden.

Es ist notwendig, ein integriertes, koordiniertes Konjunktur-, Investitions- und Transformationsprogramm auf den Weg zu bringen. Die Entscheidungen darüber müssen bis Mitte des Jahres fallen, damit die Wirtschaft stabilisiert und Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht werden können. Ein solches Programm sollte folgende Elemente umfassen:

- Zusätzliche Investitionen durch ein entsprechendes EU-Programm. Dafür ist zwingend erforderlich, dass die Verhandlungen über den Mittelfristigen Finanzrahmen der EU möglichst schnell abgeschlossen werden

und zusätzliche Mittel von Seiten der Mitgliedstaaten für den EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

- Aufbau einer europäischen Kurzarbeiterregelung, wie von der Kommission vorgeschlagen, deren Finanzierung durch eine Absicherung der Mitgliedsstaaten gewährleistet wird und ein Niveau bei der Kurzarbeiterregelung von 80 Prozent absichert.
- Diese Maßnahmen müssen durch nationale Konjunkturmaßnahmen begleitet werden. Dazu müssen entsprechende Koordinationsstrukturen im Rahmen der EU eingerichtet werden.
- Die Entscheidung der EU-Regierungschefs für ein 540 Milliarden Euro Hilfspaket zur Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, für einen Garantiefonds bei der Europäischen Investitionsbank und erweiterte Kreditlinien für den ESM, die zum 1. Juni in Kraft treten sollen, sind ein erster wichtiger Schritt.
- Weitergehende Maßnahmen müssen allerdings auf den Weg gebracht werden, mit einem deutlich höheren Volumen. Dazu sollte die EU-Kommission ermächtigt werden, Anleihen aufzunehmen, die prozentual von den jeweiligen Mitgliedsstaaten verbürgt werden. Dabei ist wichtig, dass nicht nur neue Kreditlinien sondern auch Zuschüsse für die Stabilisierung der Wirtschaft und der Unternehmen in Europa ausgebracht werden können.
- Flexibilisierung des EU-Wettbewerbsrechts, um rechtssichere, vorwettbewerbliche Kooperationen von Unternehmen, eine Zulassung von Arbeitsgemeinschaften von Unternehmen für spezifische Technologie- und Investitionsprojekte und Fusionen von Unternehmen zu ermöglichen.

- Das EU-Beihilferecht darf bestimmte stabilisierende, investive oder technologie- und innovationsunterstützende Maßnahmen im Rahmen eines solchen Programms nicht behindern. Daher sollte das EU-Beihilferecht für zwei Jahre gelockert und zum Teil außer Kraft gesetzt werden.
- Investitionen und Innovationen müssen Vorrang haben. Daher sollte es zu einem zweijährigen Moratorium für die Anhebung regulatorischer Standards in wirtschaftsrelevanten Bereichen kommen und bestehende Standards überprüft werden, soweit die Klimaschutzziele der EU damit nicht unerreichbar werden.
- Die EIB sollte weiterentwickelt werden zu einer umfassenden europäischen Förderbank nach dem Modell der KfW.
- Stärkung der Forschungs- und Innovationsausgaben der EU mit dem Ziel, bis 2027 deutlich über zwei Prozent F&E-Mittel an der Wirtschaftsleistung zu realisieren, um eine nachhaltige industrielle Entwicklung zu unterstützen.

Die Sicherung der globalen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Industrie, einschließlich des dazugehörigen Dienstleistungssektors, zählt zu den zentralen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts. Die Erreichung einer solchen Wettbewerbsfähigkeit wird auf allein mitgliedstaatlicher Ebene kaum mehr zu bewältigen sein; vielmehr bedarf es gemeinsamer und gebündelter Anstrengungen auf der Ebene der EU.

Trotz eines sich vertiefenden Binnenmarktes und steigender wirtschaftlicher Verflechtung der EU-Staaten wird der gemeinsame Wirtschaftsraum noch immer zu sehr durch die »nationale Brille« betrachtet, nationale Egoismen blockieren notwendige ökonomische, investive und technologische Zukunftsaufgaben. Europäische Investitionen in Sach- und Humankapital, beispielsweise in Infrastruktur und Bildung, erhöhen nicht nur das Einkommen eines EU-Staates, sondern auch das anderer Produzenten und der EU insgesamt.

Notwendig ist eine dauerhafte Stärkung der Angebotsseite der Wirtschaft (Infrastruktur, Ausbildung, Standortentwicklung) auch durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik. So können die Voraussetzungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit, höhere Beschäftigung und einen zukunftsfähigen Kapitalstock, der gerade im Hinblick auf kommende Generationen von Bedeutung ist, geschaffen und die Rolle Europas in der Weltwirtschaft gestärkt werden.

Auf dem europäischen Markt, der immerhin ca. ein Viertel des weltweiten BIPs erwirtschaftet, können globale Standards entwickelt werden, die europäischen Unternehmen zu einer starken Position auf dem Weltmarkt verhelfen. Europa und Deutschland haben die Chance zum nachhaltigsten Wirtschaftsstandort zu werden. Dabei gilt: der energie- und ressourceneffizienteste Wirtschaftsstandort wird zukünftig auch der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsstandort sein. Eine intelligente Energie- und Klimapolitik, die sich nicht allein an Zielen, sondern an realen Transformationsstrategien orientiert, bietet die Chance, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu verbinden.

Eine moderne Handelspolitik, fortschrittliche europäische Handelsabkommen sowie gute Finanzierungsmöglichkeiten für ausländische Investitionen europäischer Unternehmen durch europäische Geldinstitute sind dafür eine wichtige Basis.

Notwendig ist die Konzentration auf die Stärkung europäischer Wertschöpfung. Maßnahmen dürfen daher nicht allein durch die nationale Brille oder von der Geographie abhängig gemacht werden, die Stärkung des gesamteuropäischen Wertschöpfungspotentials muss im Vordergrund stehen. Es muss vermieden werden, dass es zu permanenten strukturellen regionalen Ungleichheiten kommt, beziehungsweise diese festgeschrieben werden.

Die Handlungsfähigkeit in der EU muss gestärkt werden. Dazu gehört auch die Überprüfung bisheriger europäischer Entscheidungsprozesse und eine ökonomisch-ökologische Zukunftsagenda zur Neujustierung des Magischen Vierecks von ökologischer Nachhaltigkeit, internationaler Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss dazu entsprechende Impulse setzen und Eckpunkte einer solchen Zukunftsagenda in der EU abstimmen.

Ein Konjunktur-, Investitions- und Transformationsprogramm als Antwort auf die Krise auf den Weg bringen

Die deutsche Volkswirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Sie muss nach dem Shutdown wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Gleichzeitig sind erhebliche Maßnahmen notwendig, um die Transformation der deutschen Volkswirtschaft angesichts disruptiver technologischer Herausforderungen und der Notwendigkeit eines nachhaltigen Wirtschafts- und Wachstumsmodells zu ermöglichen.

Ein solches Programm muss Nachfrage stärken, Investitionen ankurbeln und technologische Investitionen und Innovationen für den Umbau unserer Volkswirtschaft miteinander verbinden. Dies muss eingebettet sein in eine europäische Antwort.

Gerade Deutschland muss angesichts seiner hohen Exportabhängigkeit – in die EU gehen 60 Prozent aller deutschen Exporte - ein großes Interesse daran haben, dass in ganz Europa der ökonomische Turnaround gelingt. Davon hängt ganz wesentlich die Erholung der deutschen Wirtschaft und die Sicherung von Beschäftigung ab.

Ein solches Programm muss neben einer robusten finanziellen Ausstattung auch die Rahmenbedingungen für die Genehmigung und Realisierung von Investitionen verbessern, Kooperationen von Unternehmen in Schlüsselbereichen fördern, Bürokratie abbauen, um den Vorrang von Investitionen zu gewährleisten und Zukunftsprojekte im Bereich der Digitalisierung und Dekarbonisierung unterstützen.

Ein solches Programm sollte Mitte des Jahres auf den Weg gebracht werden, damit nach dem sukzessiven Ende des Shutdowns ökonomische Impulse ge-

setzt werden und die Krisenbekämpfung in nachhaltige Zukunftsorientierung überführt wird.

Daher sind folgende Elemente vorrangig:

— Auflage eines Konjunktur-, Investitions- und Transformationsprogramms in Höhe von 4–5 Prozent des BIP, also ca. 140 bis 170 Milliarden Euro. Wir haben an dieser Stelle auf branchenspezifische Vorschläge verzichtet. Sie müssen nach Festlegung der Eckdaten zusammen mit Unternehmen und Gewerkschaften konkretisiert werden. In einem solchen Programm sollten folgende Elemente enthalten sein:

- Ein Krankenhaus-, Pflege-, Investitions- und Modernisierungsprogramm.
- Ein Eigenkapitalfonds für Investitionen in Zukunfts- und Transformationsprojekte.
- Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Investitionen insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Dekarbonisierung, Energie und nachhaltige Infrastrukturen
- Für Unternehmen im Verlustbereich sollte eine staatliche Investitionszulage in Höhe von 20–50 Prozent eingeführt werden, die im Laufe von zehn Jahren wieder zurückgezahlt werden muss.
- Zeitlich befristete negative Einkommenssteuer für kleine und mittlere Unternehmen bis 250 Beschäftigte
- Rückwirkende Senkung des Solidaritätszuschlages für 2020 zur Ankurbelung der Binnennachfrage.

— Anhebung der Leistungen der Grundsicherung insbesondere für Familien mit Kindern um 150 Euro.

— Entbürokratisierungsprogramm für Genehmigungs- und Zulassungsverfahren als wesentliche Voraussetzung dafür, Investitionen schneller an den Markt zu bringen.

— Um Arbeitslosigkeit abzubauen, Verfestigung zu vermeiden und Neueinstellungen zu ermöglichen, brauchen wir daher gesonderte Instrumente. Ein Rettungsschirm für Neueinstellungen ist notwendig. Dabei würden bei den neuen Jobs zeitlich befristet die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgesetzt werden.

— Auch jetzt müssen Weiterentwicklung und Qualifizierung der Beschäftigten eine zentrale Rolle spielen. Qualifizierung ist essenziell, daher sollte ein besonderer Bildungsbonus eingeführt werden, der laufend an alle gezahlt wird, die in der Arbeitslosigkeit eine geeignete längere Qualifizierung absolvieren.

Die Kommunen stehen in der jetzigen Situation vor enormen Herausforderungen, während gleichzeitig ihre finanzielle Basis durch Abschmelzen der Einnahmen und steigende Kosten für Maßnahmen gegen die Krise schrumpft. Daher ist es erforderlich, einen Bund-Länder finanzierten kommunalen Rettungsschirm aufzubauen, der die Kommunen in die Lage versetzt, überhaupt Haushalte aufstellen und ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können. Darüber muss sehr schnell Klarheit hergestellt werden, Bund und Länder

müssen dazu jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einer angemessenen Vereinbarung kommen.

Öffentliche Investitionen sind in dieser Phase wichtiger denn je, sie sind ein Treiber des wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland und Europa. Investitionen in moderne Infrastruktur und Bildung können die Voraussetzungen schaffen für eine produktive, nachhaltige und soziale Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.

Schon vor der Krise haben zwei Drittel der deutschen Unternehmen in Umfragen angegeben, durch Mängel an der Infrastruktur in ihrer Geschäftstätigkeit behindert zu werden. Der Zuwachs bei den Investitionen ist bei Weitem nicht ausreichend, um den über rund zwei Jahrzehnte aufgelaufenen Investitionsschulden absehbar zu beseitigen.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung hat gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft die zusätzlichen Investitionsbedarfe für die öffentliche Hand in Deutschland über die kommenden 10 Jahre auf 457 Milliarden Euro beziffert.

Um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, brauchen wir Vorrang für Investitionen. Wichtig dabei ist, dass es natürlich nicht einfach um das Ausgeben von Geldern geht, sondern um das zielgerichtete Abarbeiten von konkreten Investitionsbedarfen.

Die Politik ist deshalb gefordert, die notwendigen Investitionsprioritäten zu definieren, Investitionsbedarfe klar zu benennen und einen klaren Stufen- und Zeitplan für deren Implementierung vorzulegen und die Verlässlichkeit der Finanzierung sicherzustellen.

Neben mehr Finanzmitteln für Investitionen ist auch ein Kapazitätsaufbau in den kommunalen Verwaltungen sowie bei der ausführenden Bauindustrie notwendig. Nur, wenn die Perspektive dauerhaft höherer Investitionen existiert, haben Kommunen einen ausreichenden Anreiz, Planungskapazitäten aufzubauen.

Die notwendigen zusätzlichen Investitionsvolumina sind realistisch aus den laufenden öffentlichen Haushalten nicht zu finanzieren. In Zeiten sehr niedriger und sogar negativer Realzinsen auf öffentliche Verschuldung ist ein weitgehendes Verschuldungsverbot ökonomisch unsinnig. Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Großteil der oben angesprochenen Investitionen sogar fiskalische Renditen oberhalb der Finanzierungskosten ermöglicht. Dies bedeutet, dass über die Nutzungsdauer der Investitionsgüter zu erwarten ist, dass der Staat zusätzliche Steuereinnahmen durch die positiven Wachstumseffekte erhält.

Deshalb ist es notwendig, zumindest die Regeln so auszulegen, dass Investitionen im Rahmen der Regeln ermöglicht werden. Eine denkbare Option ist, die zusätzlichen Investitionen über eine neu gegründete öffentliche Organisation (etwa eine Anstalt des öffentlichen Rechts) zu finanzieren. Diese Gesellschaft könnte zum einen mit Eigenkapital ausgestattet werden, das der Bund über Kreditaufnahme finanziert (dies würde als »finanzielle Transaktion«

nicht bei der Berechnung der Defizite für die Schuldenbremse mitgezählt) oder über direkte Kreditaufnahme der Gesellschaften.

Da ein beträchtlicher Teil der Investitionen in Deutschland von den Kommunen umgesetzt wird, ist es zudem wichtig, den Städten und Gemeinden Spielräume für Investitionen zu schaffen. Zwar gibt es Kommunen mit ausreichender Finanzausstattung, allerdings ist eine Vielzahl von Gemeinden immer noch so hoch verschuldet, dass sie weder das Planungspersonal für notwendige Investitionen einstellen, noch die eigentlichen Investitionen durchführen können. Schritte zur Unterstützung und zur Entschuldung von Kommunen müssen auf der Tagesordnung bleiben.

Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in Deutschland wurde zuletzt allerdings nicht nur durch mangelnde Finanzmittel und unzureichende Planungs- und Umsetzungskapazitäten ausgebremst. Viel deutet darauf hin, dass auch Planungsverfahren zu langwierig geworden sind. Hier ist eine umfassende Überprüfung der Planungsverfahren mit dem Ziel einer deutlichen Beschleunigung notwendig. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Erfahrungen aus Nachbarländern wie Österreich oder den Niederlanden zeigen, dass schnellere Planungsverfahren auch bei Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien und angemessener Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern möglich sind.

Den Innovationsstandort stärken

Eine europäische Strategie muss sich auf den verstärkten Technologiewettbewerb in der Triade – USA, China, Europa – konzentrieren. Europa darf technologisch nicht abhängig werden. 5G ist ein wichtiges Beispiel. Notwendig ist eine Wirtschafts-, Innovations- und Investitionspolitik, die sich auf Märkte der Zukunft konzentriert, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken.

Die Digitalisierung ist für die europäische Wirtschaft die größte Herausforderung. Klassische Kompetenzen der europäischen und deutschen Wirtschaft stehen vor disruptiven Herausforderungen. Ohne eine umfassende digitale Investitions-, Innovations- und gesamt-europäische Regulierungspolitik wird Europa und Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb der Regionen nur schwer bestehen können.

Es geht um eine digitale Transformation, für die das deutsche Produktionsmodell mit seiner Ausrichtung auf diversifizierte Qualitätsproduktion durchaus gute Chancen hat. Für die Digitalisierung der Industrie ist eine intelligente Kombination von digitaler Technologie und das tiefe Erfahrungswissen einer qualifizierten Facharbeiterschaft erforderlich.

Die Digitalisierung wird zu massiven Strukturveränderungen führen, in und zwischen Unternehmen, bei Geschäftsmodellen, Produkten und Wettbewerbsbedingungen, für Beschäftigung und Qualifikation:

- die horizontalen und vertikalen Kooperationen werden sich deutlich ausweiten und damit neuartige Netzwerkstrukturen hervorbringen (Netzwerkökonomie),
- die Übergänge zwischen Produktion und Dienstleistungen werden sich weiterverflüssigen,
- die Interaktion zwischen intelligenten Produkten, Maschinen, Betriebsmitteln und Lagersystemen wird Produktions- und Logistikketten massiv verändern,
- die Verknüpfung von Produktions- und Konsumdaten auf der Basis des Internets der Dinge wird Produkte und Vertriebskanäle neu ausrichten, und
- die zunehmende Entgrenzung der Unternehmung kann zu einer systemischen Rationalisierung entlang der Wertschöpfungskette führen.

Ohne digitale Souveränität Europas, das heißt ohne eigenständige Fähigkeiten und Kompetenzen bei digitalen Schlüsseltechnologien, wird Europa keine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft sein können. Ein wichtiger Schritt ist die Finalisierung eines digitalen europäischen Binnenmarktes als Voraussetzung dafür, mehr Skalierbarkeit eigener Geschäftsmodelle zu ermöglichen und die Attraktivität für Ansiedlungen und Investitionen zu erhöhen.

Eine deutsche und europäische Innovationspolitik muss sich daher auf die Herausforderungen der Transformation, die Veränderung von Geschäftsmodellen, Wertschöpfungsketten, Produkten, Vertriebskanälen und die damit neu entstehenden Leittechnologien und Leitmärkte konzentrieren. Die wirtschafts-, investitions-, innovations- und fiskalpolitischen Instrumente müssen dem Rechnung tragen und hier geeignete finanzielle Schwerpunkte, neue Cluster und Kooperationen auf den Weg bringen.

Europa und Deutschland müssen sich auf den Leitmärkten des 21. Jahrhunderts behaupten können. Leitmärkte sind jene Märkte einer sich im Wandel befindlichen Weltwirtschaft, bei denen sich in besonderer Weise zentrale und strategische zukünftige Bedarfe mit technologischen Innovationen verknüpfen. Die Fähigkeit, auf diesen Leitmärkten mit innovativer Technologie präsent zu sein, entscheidet maßgeblich über die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Dazu bedarf es mehr als nur Forschung.

Dazu bedarf es eines modernen Innovationssystems, des Zusammenspiels all jener Institutionen, die Wissen produzieren, Wissen akkumulieren und vermitteln, die Arbeitskräfte ausbilden, die Technologien entwickeln, die innovative Produkte und Verfahren hervorbringen und verbreiten, einschließlich der einschlägigen regulativen Regimes und der staatlichen Investitionen in entsprechende Infrastrukturen.

Leitmärkte sind Zukunftsmärkte, die nicht ausschließlich ökonomisch bestimmt werden, sondern auch gesellschaftspolitische Leitvorstellungen über die Qualität des Lebens umfassen und zu deren Realisierung neue technologische Lösungen und innovative Technologien einen wichtigen Betrag leisten. Notwendig ist eine »Innovation der Innovationspolitik« staatlicherseits durch neue Förderprogramme und -instrumente und ein Umdenken der Unternehmen durch »Innovation ihres betrieblichen Innovationsmanagements«.

Grundlagenforschung bleibt zentral zur Entwicklung des technologischen Potentials zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Notwendig ist daher, den Anteil für Forschung und Entwicklung im Bundeshaushalt auf 3,5 Prozent anzuheben und zu verstetigen. Gleichzeitig muss die Vernetzung der universitären und außeruniversitären Forschungsinstitute im Bereich der Schlüsseltechnologien verbessert und der Anteil industrienahe Forschung erhöht werden. Auf europäischer Ebene muss es im mittelfristigen Finanzrahmen zu einer deutlichen Stärkung der F&E-Aufwendungen kommen, zum Beispiel durch Umschichtungen aus dem Agrarsektor.

Eine erfolgreiche Gründerszene einer Volkswirtschaft stärkt also maßgeblich ihre Innovationskraft. Die Anzahl der Gründungen in den letzten Jahren war stark rückläufig. Da Gründungsförderpolitik immer auch Innovationspolitik ist, sollten die hemmenden Barrieren

zur Innovationsförderung in den Förderprogrammen deutlich reduziert werden. Vor allem fehlt eine konsistente Politik zur Stärkung von Venture Capital als Instrument für die Förderung von Unternehmensgründungen und deren Wachstumschancen. Zwar sind die Instrumente im Bereich Seed und Pre-Seed im Unternehmensgründungsbereich durchaus vorhanden, es fehlen jedoch Instrumente für eine gezielte Wachstumsförderung von innovativen, jungen, technologieorientierten Unternehmungen, mit der Konsequenz, dass erfolversprechende Unternehmen und Innovationen den Markt nicht erreichen oder aber frühzeitig von nicht-europäischen Investoren übernommen werden.

Erforderlich ist daher ein Start-Up-Wachstumsfonds, der Wachstumsinvestitionen zwischen 10 und 50 Millionen Euro gezielt unterstützt. Hier existiert eine erhebliche Finanzierungslücke. Dieser Start-Up-Wachstumsfonds mit einem Startvolumen von drei Milliarden Euro sollte als blended investment aus öffentlichen und privaten Mitteln aufgesetzt werden.

Digitale Souveränität bedeutet auch, ein Ökosystem für digitale Identitäten zu schaffen. In einer vernetzten Welt müssen die Akteure, ob Mensch oder Maschine, eindeutig und sicher identifizierbar sein. Es sollte ein offenes, europäisches ID-Login geschaffen werden, mit dem Bürger sowohl kommerzielle Dienste nutzen als auch Dienstleistungen des Staates beanspruchen können und die Datensicherheit gewährleistet bleibt.

Eine moderne Wirtschaft und Gesellschaft brauchen eine moderne Verwaltung. Wo Antragstellung kompliziert und langwierig ist und Planungs- und Genehmigungsverfahren schwerfällig sind, können auch keine unternehmerischen Tätigkeiten in der Geschwindigkeit durchgeführt werden, die nötig ist. Deutschland hinkt beim E-Government international hinterher, zusätzlich drohen durch Kompetenzwirrwarr zwischen Bund, Ländern und Kommunen Insellösungen zu entstehen. Deutschland muss bei der OZG-Umsetzung das Tempo deutlich erhöhen, der geplante Portalverbund mit einheitlichen Bürger- und Unternehmenskonten Wirklichkeit werden. Notfalls muss der Bund mit Lösungen vorangehen.

Die Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung in der Bundesregierung müssen endlich konsistent entwickelt werden. Die gegenwärtige Digitalisierungspolitik muss in einem Ressort federführend gebündelt werden. Darüber hinaus ist die Einrichtung einer Digitalagentur überfällig. In dieser Digitalagentur sollen Aufgaben aus den nachgeordneten Behörden im Bereich Digitales gebündelt werden, eine umfassende Marktbeobachtung erfolgen, Regulierungskonflikte entschieden werden, die Digitalförderprogramme des Bundes abgewickelt und Kapazitäten für die Stärkung und Durchsetzung von Verbraucherrechten geschaffen werden.

Eine zukunftsorientierte und ökologische Industriepolitik auf den Weg bringen

Der stattfindende Strukturwandel unserer Volkswirtschaft macht eine neue Industriepolitik notwendig und unverzichtbar.

Die Zeit ordnungspolitischer Grundsatzzdebatten muss ein Ende haben. Sie haben ohnehin nie der ökonomischen Realität entsprochen. Industriepolitik ist keine Frage des »ob«, sondern des »wie«. Die Frage heute lautet: Ist diese heute noch angemessen zukunftsfähig und ist sie in der Lage, die notwendigen Transformationen und Innovationen zu unterstützen?

Dabei geht es um ein intelligentes Zusammenspiel von staatlichen Instrumenten, privatwirtschaftlichen Initiativen und eine Konzentration auf Leitmärkte und Schlüsseltechnologien für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes.

Europa und Deutschland sind heute herausgefordert. Das amerikanische Innovationsmodell basiert ganz wesentlich auf einem gigantischen Markt an Venture Capital - also Risikokapital für Zukunftsinvestitionen - als wesentlicher Motor der Innovationskraft und der Technologieentwicklung. China betreibt eine staatlich gelenkte, langfristige angelegte Industriepolitik, die das Land in Schlüsselbereichen in eine internationale Spitzenposition bringen will. Diese chinesische Industriepolitik hat bereits heute dazu geführt, dass chinesische Unternehmen z.B. bei Solarzellen, Batteriezellen, Kommunikationstechnologien (5G) und digitalen Plattformen eine führende Rolle einnehmen.

Beides kann und wird nicht der europäischen Weg sein. Wir brauchen einen dritten Weg, eine koordinierte, kooperative Industriepolitik mit staatlichen Impulsen, intelligenten Rahmenbedingungen, öffentlichen Investitionen und europäischen Plattformen für die wettbewerbliche Zusammenarbeit von Unternehmen in Schlüsselbranchen. Eine solche integrale Industriepolitik muss endlich in Europa auf den Weg gebracht werden, sonst wird Europa den Standortwettbewerb im nächsten Jahrzehnt nicht bestehen können.

Zunächst muss es in Europa darum gehen, gemeinsam die für die Transformations- und Wettbewerbsfähigkeit zentralen Schlüsseltechnologien zu identifizieren und durch koordinierte europäische und nationale Initiativen zu koordinieren und zu finanzieren. Dazu müssen auch entsprechende Umschichtungen in der mittelfristigen europäischen Finanzplanung mit Blick auf Zukunftsfelder und Innovationsschwerpunkte vorgenommen werden.

Damit dies möglich wird sollte ein Rat für Industriepolitik in Europa eingesetzt werden, der Projekte identifiziert, deren Finanzierung unterstützt, industrielle Plattformen als Forum für die Zusammenarbeit von privaten Unternehmen in Schlüsselbereichen unterstützt und die Umsetzung einer europäischen Gesamtstrategie anregt, begleitet und überprüft. Dazu gehört auch, einen der Vizepräsidenten der EU-Kommission, wie beim Thema Klimaschutz, verantwortlich zu machen und die Aktivitäten im Rahmen der gesamten Kommission zu bündeln und zu koordinieren.

Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei das Thema Digitalisierung in seiner gesamten Bandbreite vom Infrastrukturausbau, der beschleunigten Realisierung eines digitalen europäischen Binnenmarktes, des Aufbaus einer europäischen Cloud, der massiven Unterstützung von Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, massiver Anstrengungen im Bereich der nächsten Generation von Großrechnern, wie der Quantencomputer sein.

Eine solche industriepolitische Strategie ist auch deswegen notwendig, um die Ziele des Green Deal erreichen zu können. Klimapolitische Ziele sind dann nichts wert, wenn die dazu notwendigen investiven technologischen und industriepolitischen Instrumente nicht umgesetzt werden. Wer über Klimapolitik redet, darf über Industriepolitik nicht schweigen. Dazu muss ein umfassendes Konzept einer ökologischen Industriepolitik entwickelt werden.

Der von der Kommission vorgeschlagene Green Deal muss einen Beitrag dazu leisten, dass sowohl die Klimaschutzziele in Europa erreicht werden als auch die ökonomische und technologische Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Beschäftigung und Qualifizierung in Europa gestärkt wird. Europa kann seine erklärte klimapolitische Führungsrolle nur dann glaubhaft und akzeptanzsichernd stärken, wenn klimapolitische Maßnahmen und Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung Hand in Hand gehen.

Dabei wird es Zielkonflikte geben. Diese müssen offen benannt werden und auch Politiken entwickelt werden, wie diese Zielkonflikte minimiert werden können. Eine gerechte Transformation muss gewährleistet sein, der Just Transition Fonds ist dazu ein wichtiger Beitrag und muss konsequent weiterentwickelt werden. Ein Erhöhen der CO₂-Ziele setzt zwingend eine klare, nachvollziehbare innovations-, industrie- und investitionspolitische Strategie voraus. Nur so kann es gelingen, den notwendigen Umbau erfolgreich zu realisieren.

Europäische Cloudinfrastrukturen sind für die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft unerlässlich. Die Veränderung der Geschäftsmodelle auch der klassischen Industrie hin zu »as-a-service-Modellen« erfordert nicht nur einer Europäischen Cloudinfrastruktur, die die nötige Skalierbarkeit gewährleisten kann, sondern auch, dass die Daten dabei auf dem europäischen Kontinent verbleiben. Mit dem Projekt Gaia-X ist ein Schritt in die richtige Richtung getan, ein Inkubator für eine europäische Cloud geschaffen worden. Aufbauend hierauf muss ein klarer Rechtsrahmen entstehen, der Datenportabilität ermöglicht. Unternehmen müssen in der Lage sein, selbst zu bestimmen, mit welchen Akteuren sie Daten poolen möchten.

Ein nachhaltiger Umbau der Industriegesellschaft bedarf einer umfassenden Elektrifizierungsstrategie. Strom aus erneuerbaren Energiequellen muss zunehmend fossile Energieträger ersetzen. Das gilt für den Mobilitätssektor genauso wie für industrielle Prozesse. Um diese Entwicklung zu unterstützen, ist eine umfassende CO₂-Bepreisung als Anreiz für den energetischen Umbau notwendig. Die Energiesteuer sollte auf eine CO₂-Basis umgestellt werden. Strompreise sind gleichzeitig auch relevant für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Daher sollte die Stromsteuer auf das erforderliche EU-Minimum abgesenkt werden.

Wer im Jahre 2050 klimaneutral sein will, kann dies nur erreichen, wenn Wasserstoff, insbesondere bei industriellen Anwendungen, zu einem zentralen Energieträger wird. Dazu sind massive Investitionen in erneuerbare Energien in Europa notwendig, der Aufbau eines europäischen Wasserstoff-Clusters von Unternehmen und Wissenschaft und Programme zur Forschungsförderung und zur Markteinführung. Gleichzeitig bedarf es dazu einer neuen europäischen Energie-Außenpolitik. Denn der Bedarf an grünem Wasserstoff wird sich allein in Europa nicht befriedigen lassen. Es müssen Regionen und Staaten identifiziert werden, in denen genügend erneuerbare Energien implementiert werden können, um den Bedarf an Wasserstoff in den nächsten Jahrzehnten zu befriedigen.

Deutschland und Europa müssen endlich Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität werden. Jetzt muss es darum gehen, die Zahl der Elektrofahrzeuge bei den Neufahrzeugen deutlich zu erhöhen. Das kann ein Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit im Verkehrssektor sein. Notwendig sind aber auch Maßnahmen, um bei der Bestandsflotte, allein 47 Millionen PKWs in Deutschland, zu deutlichen CO₂-Minderungen zu kommen. Synthetische Kraftstoffe können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Um die Hersteller von synthetischen Kraftstoffen zu unterstützen und den Marktzugang zu verbessern, ist es sinnvoll, synthetische Kraftstoffe auf die europäischen Flottengrenzwerte anzurechnen. Dies würde auch weitere Investitionen in die Wasserstofftechnologie unterstützen.

Um die Energiewende erfolgreich zu machen, sind neben dem Ausbau der Leitungsinfrastruktur auch Speicherkapazitäten unverzichtbar. Speicher sind ein missing-link der Energiewende. Dazu ist zunächst einmal erforderlich, eine klare, rechtlich verbindliche Definition von Energiespeichern vorzunehmen, um somit mögliche Doppelbelastungen von Speichern zu verhindern. Gleichzeitig sind Förderprogramme für den Aufbau von Power-to-X-Anlagen zur Verfügung zu stellen.

Industriepolitische Instrumente müssen auch einen Beitrag dazu leisten, dass neue europäische Ökosysteme, das heißt das vorwettbewerbliche Zusammenspiel von Unternehmen in Bereichen der Schlüsseltechnologien, zu ermöglichen und entsprechende Aktivitäten dieser Unternehmen finanziell gezielt zu unterstützen. Ein solches Instrument ist das Programm Important Project of Common European Interests (IPCEI). Ein solcher Ansatz muss für unterschiedliche Bereiche von Schlüsseltechnologien verstärkt und systematisiert werden. Über ein solches IPCEI kann in Schlüsselbereichen eine beihilfefreie finanzielle Unterstützung von Unternehmen erfolgen und darüber neue Kooperationen und Ökosysteme für den Aufbau europäischer Cluster und Technologiekooperationen gefördert werden. Die Europäische Batterieallianz (EBA) ist dafür ein gutes Beispiel und sollte auf andere Bereiche ausgedehnt werden.

Ein zentraler strategischer Baustein einer industriepolitischen Strategie ist eine Anpassung des europäischen Wettbewerbsrechts an die veränderte globale wirtschaftliche Architektur und deren Machtgefüge. Fusionen europäischer Unternehmen müssen auch unter der Prämisse veränderter Marktsegmentierungen und der veränderten globalen Wettbewerbsstruktur durch außereuropäische Großunternehmen betrachtet werden. Eine »Erweiterung des indust-

riepolitischen Horizonts« ist notwendig. Denn im globalen Wettbewerb wird die EU künftig (insb. zur Sicherung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU) neben dem Erfolgsgaranten starker Mittelstand auch auf sogenannte europäische Industrie-Champions angewiesen sein.

Hier bieten sowohl das zuvorderst primärrechtlich geregelte EU-Beihilfenrecht, mehr noch aber das sekundärrechtlich geregelte Fusionskontrollrecht bereits heute erhebliche (aber ungenutzte) Potentiale für die rechtliche Berücksichtigung solcher strategischer industriepolitischer Erwägungen im Sinne der Sicherung einer globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Wo diese Spielräume bestehen, sollten sie künftig durch eine Anpassung der entsprechenden Verwaltungspraxis besser genutzt werden. Wo sie fehlen, ist eine behutsame Anpassung der geltenden Rechtslage notwendig. Es gilt, eine intelligente Balance zu finden zwischen der Sicherung des Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarktes mit starken Mittelständlern und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf oligopolistisch strukturierten globalen Märkten.

Europa will Vorreiter beim Klimaschutz und der nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft sein. Dieses Ziel ist und bleibt richtig. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die auf den Weg gebrachten Maßnahmen nicht zu einem Carbon Leakage also ein Abwandern industrieller Wertschöpfung aus Europa in Regionen mit niedrigeren CO₂ Zielen führen und dass bei Importen auch der CO₂-Footprint angemessen berücksich-

tigt wird. Daher ist es notwendig, wie von der EU-Kommission angekündigt, die Einführung eines CO₂-Grenzsteuerausgleichs an den Außengrenzen der EU zu prüfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen muss auch in Zukunft sichergestellt bleiben. Eine deutliche Reduktion der Branchen, die eine Kompensation für emissionshandelsbedingte Mehrkosten beim Strom erhalten, wie sie gegenwärtig von der Kommission erörtert wird, ist dabei der falsche Weg.

Wer ambitionierte Ziele etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien verfolgt, muss klare, nachvollziehbare und verlässliche Rahmenbedingungen setzen. Das 65-Prozent-Ziel für erneuerbaren Strom im Jahre 2030 kann nur dann erreicht werden. Dazu ist es notwendig, eine bundeseinheitliche Regelung für das Abstandsgebot von Windanlagen festzulegen. Das von einigen favorisierte 1000-Meter Abstandsgebot blockiert den Ausbau der Windenergie in Deutschland. Der PV-Ausbaudeckel von 52 Gigawatt muss aufgehoben und der Anteil von Offshore-Wind-Kapazitäten bis 2030 auf 20 GW ausgebaut werden.

Weichen für die Zukunft stellen

Das vorliegende Papier versteht sich als Beitrag einer notwendigen wirtschafts- und industriepolitischen Diskussion. Wir konnten in einer Reihe von Feldern nur Themen anreißen oder exemplarisch benennen.

Uns geht es um die Zukunftsfähigkeit in Deutschland und Europa und darum, wie Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts seine ökonomische, technologische und soziale Rolle sichern und behaupten kann. Dazu sind neue Politiken, europäisch und national, erforderlich.

Die Fortschreibung des bisherigen jedenfalls wird nicht ausreichen, ergibt keine Zukunft mehr. In einer Welt der ökonomischen Krise und des ökonomischen Wandels brauchen wir auch einen Wandel von Politiken, Ideen, Instrumenten und Debatten.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Dr. Michael Frenzel (Präsident)
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)
Matthias Machnig (Vizepräsident)
Prof. Dr. Ines Zenke (Vizepräsidentin)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660

Fax +49 (0)30 400 40 666

E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de

Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

April/Mai 2020